

Antrag der Fraktion der CDU

Illegale Graffiti in der Stadt entfernen!

Seit geraumer Zeit wird in Bremen zunehmend öffentliches und privates Eigentum in erheblichem Umfang durch Graffiti-Schmierereien verunstaltet. Die gesprayten Fassadenschmierereien prägen das Stadtbild mittlerweile in unerträglichem Ausmaß. Zunehmend werden politische Statements unterschiedlicher politischer Ausrichtung an Gebäuden, Einrichtungen, Verkehrsmitteln oder Schildern angebracht, meistens in der Nacht, um bei dieser Straftat nicht erwischt zu werden. Die Beseitigung von Graffiti kostet viel Geld und erfordert einen immensen Aufwand. Angesichts dieser Eigentumsverletzungen und Kostenbelastungen ist es notwendig, sich dieses Problems anzunehmen.

Eine Vielzahl von Bremerinnen und Bremern stört sich an diesen illegalen Schmierereien im gesamten Stadtgebiet. Im Oktober 2020 wurde daher eine Petition zum Thema „Fassadenschmierereien“ mit 120 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern eingereicht. Darin wird ein Maßnahmenkatalog von der Regierung gefordert, der sich mit dem unerlaubten Besprühen von Fassaden auseinandersetzen soll. Im Rahmen der Petitionsbefassung wurde in einer Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau darüber hinaus deutlich, dass man sich in der Bremer Koalition bei der Beseitigung von Graffiti auf solche beschränkt, die rechtsradikale, sexistische oder rassistische Botschaften enthalten. Tags wie „All cops are bastards“ (ACAB), „Wut auf Kapitalismus“ oder „Bullen Mörder Schweine“ hingegen bleiben bestehen und bestimmen das Stadtbild. Gerade in einem Bundesland, das der Chef des Landesamts für Verfassungsschutz als Hochburg des Linksextremismus ausweist, dürfen derartige Straftaten nicht toleriert werden. Auch wenn die finanziellen Mittel begrenzt sind, müssen diese so aufgeteilt werden, dass alle Graffiti gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch kunstvolle Graffiti, die zum Ansehen der Stadt beitragen können. Dafür sollten entsprechend freigegebene Flächen genutzt werden können, um den illegalen Schmierereien vorzubeugen. Es ist nur eine kleine Minderheit von Sprayern, die das Eigentum der großen Mehrheit in höchst unsozialer und strafbarer Weise verletzt und missachtet, aber genau dieser Gruppe muss man habhaft werden. Dass dies möglich ist, zeigt das positive Beispiel Amsterdam. Die sonst sehr tolerante Stadt hat sich offensiv und erfolgreich gegen derartige Schmierereien gewehrt. Hierfür bedarf es jedoch des politischen Willens und der politischen Mehrheit, die Schmierereien nicht weiter zu tolerieren, sondern sie rigoros zu entfernen und die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die im Haushalt bereitgestellten Mittel für die Beseitigung von Graffiti an öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen, Ver-

kehrsmitteln, Zeichen und Schildern im Bremer Stadtgebiet genutzt werden, um illegale Schmierereien, gleich aus welcher politischen Richtung sie stammen, zu entfernen;

2. Freiflächen im Bremer Stadtgebiet auszumachen und diese den Künstlerinnen und Künstlern Bremens sowie auch jugendlichen Sprayerinnen und Sprayern anzubieten, um ihnen eine Möglichkeit der Ausübung dieser Kunstrichtung zu verschaffen und sie gegebenenfalls damit aus der Illegalität rauszuholen;
3. das Melden von gesprühten Graffiti im Rahmen des "Mängelmelders" zu ermöglichen und diese dann bestenfalls innerhalb von 24 Stunden zu beseitigen;
4. keine finanziellen Mittel im Rahmen der Projektförderung des Senators für Kultur bereitzustellen, die von radikalen Gruppierungen zum Kauf von Sprühfarbe genutzt werden sollen, um damit unter Umständen illegale Graffiti im Stadtgebiet anzubringen.
5. den Bremer Ordnungsdienst stärker in die Bekämpfung von illegalen Graffiti einzubinden, sowohl bei der Tätermittlung und dem Aufzeigen von neuen Graffiti als auch bei der Veranlassung zur Beseitigung der Schmierereien.

Marco Lübke, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU